

# Protokoll DV/MV 1.2019/20

## vom Mittwoch, 18. September 2019, 19.30–21.45 Uhr, Coop Tagungszentrum, Muttenz

Von Gabriele Zückert

LVB-Delegierte: total 110, anwesend 72  
weitere LVB-Mitglieder: ca. 65  
Vorsitz: Roger von Wartburg

### Traktanden:

1. Begrüssung, Übersicht, Stimmzähler

### Statutarische Geschäfte

2. Protokoll der DV/MV vom 27. März 2019
3. Statutenänderungen
4. Ersatzwahl in den Kantonalvorstand

5. Jahresrechnung 2018/19, Revisionsbericht
6. Budget für das Geschäftsjahr 2019/20

### Berufspolitische Geschäfte

7. Hauptthema: Diskussionsrunde mit den Landratsmitgliedern, die gleichzeitig LVB-Mitglieder sind
  - 7.1 LVB-Präsident Roger von Wartburg befragt die Teilnehmenden zu verschiedenen Themen
  - 7.2 Fragen aus dem Publikum
8. Diverses



Ernst Schürch. Zudem begrüsst er den Dienststellenleiter des AVS Beat Lüthy, Bildungsrätin Beatrice Büschlen und Dorothee Miyoshi von der LCH-Geschäftsleitung. Ebenfalls begrüsst er die ehemaligen Kantonalvorstandsmitglieder Susanne Niederer und Michel Thilges, die jetzt Mitglieder des Bildungsrats sind.

Als Stimmzähler werden Urs Stammbach und Patrizia Zanola gewählt.

Traktandenliste: Der Kantonalvorstand stellt den Antrag, die Traktandenliste um Punkt 3.2 zu ergänzen. M. Weiss erläutert kurz, worum es geht.

*Die Delegierten stimmen der Traktandenliste mit dieser Ergänzung zu.*

### 1. Begrüssung, Übersicht, Stimmzähler

R. von Wartburg begrüsst die Anwesenden und hofft, alle seien gut in das neue Schuljahr gestartet. Im Speziellen begrüsst er die eingeladenen LVB-Landratsmitglieder Florence Brenzikofer, Linard Candreia, Andrea Heger, Jan Kirchmayr, Miriam Locher und

### Statutarische Geschäfte

Stimmberechtigt sind die Delegierten.

### 2. Protokoll der DV/MV vom 27. März 2019

*Das Protokoll wird einstimmig bei einer Enthaltung genehmigt und dem Verfasser Philipp Loretz verdankt.*

### 3. Statutenänderungen

**3.1** M. Weiss erläutert die erste Statutenänderung zu § 36.3: Äufnung der Rechtsschutzkasse. Die Änderung entspricht der jetzigen Praxis zur Äufnung der Rechtsschutzkasse, seitdem ein Teil der Mitgliederbeiträge regulär als Rechtsschutzbeitrag eingezogen wird. **bisher:**

§ 36.3 Die Rechtsschutzkasse wird durch Sonderbeiträge der Mitglieder geäufnet. Diese werden von der Delegiertenversammlung auf Antrag des Kantonalvorstandes beschlossen. Der Saldo der Rechtsschutzkasse muss mindestens Fr. 100'000.-- betragen.

**neu:**

§ 36.3 Die Rechtsschutzkasse wird durch Beiträge der Mitglieder geöffnet. Diese werden von der Delegiertenversammlung auf Antrag des Kantonalvorstandes beschlossen. Der Saldo der Rechtsschutzkasse muss mindestens Fr. 100'000.-- betragen.

*Die Statutenänderung wird einstimmig angenommen.*

**3.2** M. Weiss erläutert auch diese Änderungen zu den § 3, 13 und 20. Um Spenden einer Stiftung, die Vereine bei IT-Ausgaben unterstützt, annehmen zu können, müssen alle drei Paragraphen angepasst werden. Die Regelung ist an diejenige des LCH angelehnt.

a) § 3 Politische Tätigkeit, Neutralität

**bisher:**

§ 3: Politische Tätigkeit, Neutralität

**neu:**

§ 3: Politische Tätigkeit, Neutralität und Nicht-Gewinnorientierung: 3.3. Der LVB arbeitet nicht gewinnorientiert.

*Die Statutenänderung wird einstimmig angenommen.*

b) §13 Urabstimmung

**bisher:**

13.1 In der Urabstimmung kann die Auflösung des Vereins beschlossen werden.

13.2 Die Auflösung des Vereins wird von allen Mitgliedern mit absolutem Mehr beschlossen.

13.4, 13.5 (Kampfmassnahmen, unverändert)

**neu:**

13.1 In der Urabstimmung kann die Auflösung des Vereins beschlossen werden.

13.2 Die Auflösung des Vereins wird von allen Mitgliedern mit absolutem Mehr beschlossen.

13.3 Nach beschlossener Vereinsauflösung tritt die Delegiertenversammlung ein letztes Mal zusammen und beschliesst über die Zuwendung des verbleibenden Vereinsvermögens an eine Institution ähnlichen Zweckes, die selbst nicht gewinnorientiert arbeitet. 13.4, 13.5 (Kampfmassnahmen, unverändert)

*Die Statutenänderung wird einstimmig angenommen.*

c) § 20 Delegiertenversammlung

**bisher:**

§ 20.3: Aufgaben der Delegiertenversammlung: ihr obliegen a) bis k)

**neu:**

§ 20.3: ihr obliegen a) bis k) (unverändert), l) Im Fall der Vereinsauflösung die Zuwendung des verbleibenden Vereinsvermögens gemäss § 13.3

*Die Statutenänderung wird einstimmig angenommen.*

#### 4. Ersatzwahl in den Kantonalvorstand

R. von Wartburg erwähnt zunächst, dass ein Sek I-Sitz kurzfristig frei werde, da Esther Schmid Manca, die diesen Sitz von Susanne Niederer übernommen hatte, aus beruflichen Gründen ihren Rücktritt gegeben hat. Der Sitz wird daher neu ausgeschrieben werden.

Der Kantonalvorstand schlägt der DV als neue Vertretung der Primarstufe Nicole Da Zanche vor. Sie stellt sich vor und beantwortet eine Frage aus dem Publikum.

*Sie wird einstimmig in den Kantonalvorstand gewählt.*

#### 5. Jahresrechnung 2018/19, Revisionsbericht

M. Weiss erläutert die Rechnung und das Budget.

**Bilanz:** Aktiven: Die Zahlen würden darüber hinwegtäuschen, dass es viele Bewegungen gegeben habe, die er bei der Erfolgsrechnung erläutern werde. Bei der Rechtsschutzkasse sehe man einen deutlichen Zuwachs, da für diese erstmals reguläre Beiträge erhoben worden seien. Passiven: Der ehemalige LVB-Angestellte verursache weiterhin Kosten, da bei jeder Senkung des technischen Zinssatzes der BLKB das Vorsorgewerk weiter geöffnet werden müsse. Das Darlehen des Kantons werde weiterhin in Raten von 15'000 Franken abgezahlt. Die passive Rechnungs-

abgrenzung beinhalte beim Abschluss noch unbezahlte Rechnungen. Die Vereinskasse weise wieder ein positives Eigenkapital aus. Rechtsschutzkasse: Hier kämen wahrscheinlich noch einige Kosten auf den LVB zu, die zurückgestellt hätten werden müssen. Es handle sich vor allem um zwei grosse Fälle, die noch vor dem Kantonsgericht verhandelt würden.

**Erfolgsrechnung:**

Mitgliederbeiträge: Diese seien gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen, da ein Teil der Mitgliederbeiträge nun direkt in die Rechtsschutzkasse geflossen sei. Der Personalaufwand sei etwas grösser als budgetiert gewesen, da er die Einrechnung der Sozialkosten vergessen habe. Der Administrationsaufwand sei geringer ausgefallen, weil ein Grossteil des Aufwandes für die Profitcenter separat ausgewiesen werden konnte, damit der LVB sie von den Steuern abziehen kann. Die restlichen Posten würden sich im Rahmen bewegen. Im Profitcenter konnte ein guter Ertrag erwirtschaftet werde. Eigentlich habe er schon dieses Jahr einen geringeren Ertrag erwartet, konstatiert M. Weiss, da die Finma die Profitcenter von Vereinen unter die Lupe nehme und hier Einschränkungen auferlegen würde. Wahrscheinlich komme nun der Einbruch um etwa die Hälfte auf das nächste Jahr.

**Vereinskasse:** Sie weist einen Gesamtverlust von 24'979 CHF wegen sehr grosser Rückstellungen aus.

**Jubilarenkasse:** Dank weniger Ausgaben ist sie besser gefüllt als vor einem Jahr.

**Kampfkasse:** Sie habe grosse Bewegungen erfahren. Teilweise habe er noch Kosten für die Urabstimmung im letzten Vereinsjahr darüber abrechnen müssen. Die Kosten des Abstimmungskampfes für die LVB-Initiativen hätten die Kasse stark belastet. Da bei der Vereinsauflösung des VTGHK dessen Vermögen dem LVB vermacht und dieses in die Kampfkasse eingezahlt wurde, wurde einiges abgedeckt. Auch die Beiträge des LCH und des GBL zum Abstimmungskampf hätten geholfen,



Die Rechtsschutzkasse verzeichnet einen deutlichen Zuwachs, da für diese erstmals reguläre Beiträge erhoben wurden.

die Kasse zu füllen. M. Weiss dankt allen für die Beiträge. Die Kasse schliesse im Endeffekt fast ausgeglichen ab.

**Rechtsschutzkasse:** Zum ersten Mal seien im letzten Vereinsjahr separate reguläre Beiträge für diese Kasse erhoben worden. Die Beiträge seien höher ausgefallen als budgetiert, weil der LVB Mitglieder hinzugewonnen habe. Die Abrechnung eines Teils des Personalaufwandes sei über diese Kasse gelaufen. Dazu seien diverse Anwaltskosten zurückgestellt worden. Im Endeffekt resultiere ein Gesamtverlust von ca. 20'000 Franken.

**Revisionsbericht:** Er bescheinigt der Rechnung ihre Richtigkeit. Tamara Senn, Rechnungsrevisorin, hat sich für die Versammlung entschuldigen lassen.

**Abstimmung:** Die Jahresrechnung 2018/2019 wird einstimmig, ohne Gegenstimmen angenommen.

## 6. Budget für das Geschäftsjahr 2019/20

M. Weiss erläutert das Budget. Er hat aufgrund der gestiegenen Mitgliederzahl für die Mitgliederbeiträge etwas mehr budgetiert als im Vorjahr. Der Personalaufwand sei im Vergleich zum letzten Budget höher, weil diesmal die Sozialabgaben eingerechnet seien. Dazu kämen die 1.4% Prozent Lohnerhöhung infolge Teuerungsausgleich. Der Administrationsaufwand sei gleich

hoch budgetiert wie im Vorjahr, werde wohl aber nicht ausgeschöpft werden. Bei allen anderen Posten habe er Erfahrungswerte eingesetzt. Der Ertrag des Profitcenter LCH sei allerdings die grosse Unbekannte. Er habe nun die Hälfte der Vorjahreserwartung budgetiert. Er rechne mit einem Gesamtverlust von rund 36'500 CHF. Für ein Jahr sei das tragbar. Falls dieser Verlust in den nächsten Jahren nicht aufgefangen werden könne, müsse man sich jedoch Massnahmen überlegen. Möglich wäre eine Beitragserhöhung oder eine Reduzierung der Arbeitswerte. Er hoffe, dass bei Rechtsschutz- und Kampfkasse nicht unerwartete Kosten anfallen würden.

**Mitgliederbeiträge:** Die LVB-Mitgliederbeiträge bleiben gleich. Der LCH habe aber nach vielen Jahren die Beiträge angepasst. Diese müssten nun auf die Mitglieder übertragen werden. Daraus resultiere ein leicht höherer Gesamt-Mitgliederbeitrag. Die Summe für Kleinpensen werde um 9 CHF, die der Mittel- und Grosspensen um 8 CHF steigen.

**Abstimmung:** Das Budget und damit auch die höheren Mitgliederbeiträge werden einstimmig genehmigt.

## Berufspolitische Geschäfte

### 7. Hauptthema: Diskussionsrunde mit den Landratsmitgliedern, die gleichzeitig LVB-Mitglieder sind

R. von Wartburg leitet zum Hauptteil über und bittet alle Landrätinnen und Landräte auf das Podium. Wegen anderer Veranstaltungen hätten von den 8 eingeladenen «LVB-Landratsmitgliedern» Pascal Ryf und Julia Gosteli leider absagen müssen, berichtet R. von Wartburg. Insgesamt hat der LVB-Präsident Fragen zu 6 Themen vorbereitet.

#### 7.1 LVB-Präsident Roger von Wartburg befragt die Teilnehmenden zu verschiedenen Themen

Das erste Thema sei, wohl entgegen der Erwartungen zahlreicher Anwesender, nicht das neue MAG uP, bemerkt R. von Wartburg (RvW), da dieses noch Gegenstand von Verhandlungen sei. Fast täglich gebe es Änderungen. Deswegen werde dazu erst kommuniziert, wenn es konkrete Resultate gebe. Er bittet um Verständnis dafür.

#### Thema 1: Resultate der ÜGK (Überprüfung der Grundkompetenzen durch die EDK) und das schlechte Abschneiden von Baselland

RvW fragt Florence Brenzikofer (FB), ob sie taugliche Verbesserungsmass-



**Florence Brenzikofer (Grüne)** unterstützt die Forderung nach einem IT-Unterrichtsgefäss. Es müsse daher eine Erhöhung des Gesamtlektionendeputats ins Auge gefasst werden.

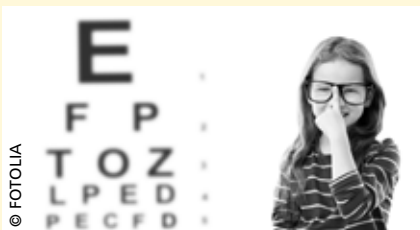


**Lindard Candreia (SP)** konstatiert, dass der Lohn besser werden müsse. Die jungen Menschen seien heute mobiler als früher und würden auch auf den Lohn schauen, bevor sie sich für eine Stelle entscheiden.



**Andrea Heger (EVP)** sagt, die Lehrperson dürfe einfach nicht Teil eines Organs sein, das sie selber als Lehrperson beaufsichtige. Sonst müsse es möglich sein, an den demokratischen Aufgaben teilzuhaben.

nahmen erkenne, die man politisch in näherer Zukunft beschliessen könne. FB: Sie erachte kurzfristige Massnahmen nicht als sinnvoll. Den Zeitplan der Bildungsdirektorin schätze sie als sehr ambitioniert ein. Das Scouting (eine Gruppe Lehrpersonen besucht andere Kantone, die besser abgeschnitten haben) finde sie gut. Ihr mache das Abschneiden des Niveaus A in



den ÜGK grosse Sorgen. Die Schere gehe sehr weit auseinander. Sie findet, man solle auch die verschiedenen Ämter für Volksschulen scouten. Ausserdem liege ihr die Ganztagesbeschulung am Herzen. Da stecke Baselland noch in den Kinderschuhen. Ernst Schürch (ES) glaubt nicht, dass dies die Unterschiede zu den anderen Kantonen erkläre. Insgesamt habe man heute klar weniger Unterrichtszeit als früher, aber mehr Aufgaben. Das gehe nicht auf. Mehr Zeit für den eigentlichen Unterricht wäre nötig.

Lindard Candreia (LC) meint, dass eventuell ein traditionellerer Unterrichtsstil mit mehr Frontalunterricht in den anderen Kantonen Einfluss gehabt habe. Für die Fremdsprachen habe er einen Tipp: Man solle die Lernenden Filme im Original mit deutschen Untertiteln ansehen lassen. Dies helfe beim Lernen. Jan Kirchmayr (JK) konstatiert, es habe sehr lange gedauert, bis Resultate bekannt gegeben worden seien. Dies müsse sich ändern. Er plädiere dafür, vor allem auf dem Niveau A das Fach Deutsch zu stärken und ruft den Bildungsrat dazu auf, wieder differenzierte Studententafeln für die verschiedenen Niveaus zu schaffen.

## Thema 2: Pensionskassendekret



RvW möchte wissen, ob die Landratsmitglieder gewillt seien, nochmals auf den äusserst knappen Entscheid in Sachen Pensionskassendekret, der vor allem die Jahrgänge um 1965 schwer

belaste, zurückzukommen. LC will dieses Anliegen gerne weiterleiten, weist aber darauf hin, dass viele Bürgerinnen und Bürger in der Schweiz gar keine Pensionskasse hätten und man mit diesem Begehren auch Neid wecken könnte. ML sagt, ihre Fraktion sei daran, dieses Thema noch einmal aufzugreifen. FB unterstützt dies ebenfalls. Es brauche aber ein sauberes Abwägen. AH ist auch der Meinung, dass man die Sache nochmals ansehen müsse. Sie wolle aber auf einen langfristigen Entscheid hinwirken, der länger als nur eine Legislatur Bestand habe. JK sieht den Linksrutsch im Landrat als mögliche Quittung für den knappen Entscheid des Landrats zum Dekret. Das Staatspersonal habe die fehlende Wertschätzung nicht goutiert.

RvW bemerkt, dass mit AH und Pascal Ryf neu zwei LVB-Mitglieder die für die Lehrerschaft zentralen Landratskommissionen präsidieren, namentlich die Personal- respektive die Bildungskommission. Er habe im Kontext einer Blockwoche zu Staatskunde und Politik die BKSK-Mitglieder für eine Frageunde mit seiner Klasse angefragt und habe sich gefreut, dass einige zugesagt hatten, wofür er sich noch einmal



**Jan Kirchmayr (SP)** ruft den Bildungsrat dazu auf, wieder differenzierte Stundentafeln für die verschiedenen Niveaus zu schaffen.



**Miriam Locher (SP)** stellt fest, dass auch die Schulleitungen je länger, desto belasteter seien. Es würden laufend Aufgaben an die Lehrpersonen delegiert, die eigentlich auf die Schulleitungsebene gehörten.



**Ernst Schürch (SP)** stellt fest, in Deutsch und Mathematik fehle viel Unterrichtszeit, wenn man diese für ICT, FÜAiS und die Projektarbeit einsetzen müsse.

bedankt. AH weist darauf hin, dass die Präsidien von Landratskommissionen immer neutral die gesamte Kommissionsansicht präsentieren müssten. Diese könne durchaus ihren Überzeugungen widersprechen.

### Thema 3: Attraktivität der Primarstufe



RvW stellt fest, dass ein grosser Lehrermangel drohe, vor allem auch auf der Primarstufe, und fragt, wie man denn die Primarstufe für junge Menschen wieder attraktiver machen könne. Der Lohn sei sicher ein Teil der Diskussion, bemerkt AH. Angehende Pädagoginnen und Pädagogen wollten sinnvolle Arbeit leisten und etwas bewirken; diese wichtige Tätigkeit müsse aber auch wertgeschätzt werden. Wenn man tendenziell mehr gegängelt werde und weniger selber entscheiden

könne, sei dies nicht unbedingt die beste Motivation. Mit der geleiteten Lehrmittelfreiheit würde man dieser Entwicklung zumindest teilweise wieder entgegenwirken. Auch die Heterogenität der Klassen sei eine Schwierigkeit. Einige Lehrpersonen würden daher sehr schnell wieder aus dem Beruf aussteigen. Die Teams seien deswegen konstanten Wechseln ausgesetzt, obwohl Konstanz ein ganz wichtiger Faktor wäre. Immer weniger Lehrpersonen verfügten auch über die notwendige Ausbildung, deren Ruf ausserdem teilweise nicht gut sei. Im Weiteren sei es nicht sehr attraktiv, als Primarlehrperson in der 6. Klasse die frühere Arbeit einer Sekundarlehrperson leisten zu müssen, dafür aber drei Lohnklassen schlechter bezahlt zu werden.

ML bestätigt, dass die Heterogenität alle sehr beschäftige. Die vielen Absprachen mit dem Team kosteten sehr viel Energie. Der Respekt von Teilen der Elternschaft und des ganzen Umfelds habe stark abgenommen. Da müsse sich gesellschaftlich etwas ändern. Die Trägerschaft der Primarstufe durch die Gemeinden sei auch problematisch, da die Rahmenbedingungen stark divergierten. LC konstatiert, dass

der Lohn besser werden müsse. Die jungen Menschen seien heute mobiler als früher und würden auch auf den Lohn schauen, bevor sie sich für eine Stelle entscheiden. JK bemerkt, dass auch auf der Sek I die Elternarbeit enorm zugenommen habe. Helikoptereltern seien ein reales Problem. Es sei belastend. Die Schulleitungen würden hier bei der Unterstützung ebenfalls an ihre Kapazitätsgrenzen stossen. Die von ML erwähnte Trägerschaft der Primarschulen führe zu grossen Unterschieden. Chancengerechtigkeit sei so nicht gegeben. FB stellt fest, dass in der Ausbildung vor allem die Mittelstufe enorm unter Druck sei und hohe Erwartungen seitens Sek I vorhanden seien. Die Primarstufe sei eindeutig überlastet. Man müsse den Fächerkanon überdenken.

RvW ergänzt, dass die Politik sich gegen einen Master für Primarlehrpersonen sperre. Er stelle fest, dass im Studiengang Primar für kein Fach mehr genügend Zeit für eine fundierte Ausbildung zur Verfügung stehe. 8 Credits Fachdidaktik über das gesamte Studium hinweg seien viel zu wenig. Der LVB werde dies mit der PH FHNW und der BKSD thematisieren.

## Thema 4: Digitalisierung



© Mathias Rosenthal stock.adobe.com

RvW erklärt, dass nun auf Sek I alle Schüler und Schülerinnen mit iPads ausgerüstet werden. Er möchte wissen, was für ein Gelingen dieses Projekts alles erfüllt sein müsse. JK sieht drei Gelingensbedingungen: 1. Es müsse ein spezifisches IT-Lektionendeputat auf Primar ab der 5. Klasse und auf der Sek I geben. Aber dies scheitere schon an fehlender Infrastruktur in ärmeren Gemeinden. 2. Es brauche ein Fortbildungskonzept für die Lehrpersonen, und zwar massgeschneidert und bedarfsorientiert. Seine Motion dazu werde nächste Woche im Landrat behandelt. 3. Für die BYOD-Geräte der Lehrpersonen sei die Pauschale zu niedrig. Die müsse erhöht werden. Ausserdem müssten die iPads im Unterricht bedarfsgerecht eingesetzt werden, sicher nicht flächendeckend in jedem Fach.

FB unterstützt die Forderung nach einem IT-Unterrichtsgefäss. Man wolle aber deswegen um keinen Preis ein neuerliches Gerangel um Abstriche an anderen Fächern auslösen. Es müsse daher eine Erhöhung des Gesamtlektionendeputats ins Auge gefasst werden. AH will möglichst überlegt und nicht hastig vorgehen. Die Primarstufe sei viel zu spät auf die Änderungen im IT-Bereich vorbereitet worden. ES stellt fest, in Deutsch und Mathematik fehle viel Unterrichtszeit, wenn man diese für ICT, FÜAiS und die Projektarbeit einsetzen müsse. Ausserdem gebe es für die Primarstufe keine IT-Strategie. Diese brauche es aber unbedingt.

## Thema 5: Kantonsträgerschaft für die Primar

RvW stellt die Frage, ob es nicht besser wäre, wenn alle Schulen der Kantonsträgerschaft unterstellt würden. ML möchte, dass man hier längerfristig

denkt. Chancengleichheit sehe sie aber nur über ein grösseres kantonales Projekt. LC sagt, dass man das sicher prüfen müsse. Sorgfältig zu planen wäre aber auch die Übergabe der Schulbauten an den Kanton. Es dürfe im Fall der Fälle dann nicht sein, dass in der Übergangsphase keine Investitionen mehr getätigt und die Schulhäuser in einem desolaten Zustand abgegeben würden, wie dies teilweise auf der Sek I der Fall gewesen sei.

Auch FB wünscht, dass man dies prüfen solle. Es bestehe allerdings dann die Gefahr, dass kleine Gemeinden ihre Schule verlören und grosse Kreisprimarschulen gegründet würden. Dies sei grundsätzlich nicht in ihrem Sinn. AH teilt diese Sorge. Hier müsse man langfristig tragfähige Lösungen suchen.

## Thema 6: Realloohnerhöhung



© Fokussiert – stock.adobe.com

RvW berichtet, dass der LVB das Thema einer Realloohnerhöhung bei der FDK deponiert habe und fragt ES, ob er sich überhaupt noch an die letzte Realloohnerhöhung erinnern könne. ES erwidert, er könne es leider nicht, sei aber bereit, sich nun dafür zu exponieren.

LC bemerkt, dass solche Forderungen «aus der Lehrerecke» nicht immer geschickt seien. Man müsse zusehen, dass diese Forderung auch aus anderen Kreisen und von verschiedenen Parteien gestützt werde. ML sagt, dass diese Diskussion fraktionsintern geführt worden sei. Sie widerspricht LC dahingehend, dass jedes Landratsmitglied schliesslich seinen Beruf im Wahlbüchlein ausgewiesen habe. Sie sehe sich deswegen durchaus auch als Interessenvertreterin ihres Berufsstandes.

### 7.2 Fragen aus dem Publikum

Bildungsrätin Büschlen fragt, ob unter in der Diskussion angeregten unter-

schiedlichen Stundentafeln für die verschiedenen Niveaus der Sek I nicht die Durchlässigkeit leiden würde respektive ob diese überhaupt noch gewünscht sei. AH konstatiert, dass die Durchlässigkeit von fachlichem Können abhängt und nicht von der Stundentafel. Man müsse auch auf der Primarstufe die Stundentafel prüfen. JK glaubt nicht, dass die Durchlässigkeit daran scheitern würde. ES regt eine sorgfältige Diskussion der Stundentafel an. Wichtig sei für ihn, dass man bei einem niveaufsteigenden Wechsel eine Repetition des Schuljahres wieder zulasse.

M. Weiss fragt, ob den Landräten und Landrätinnen bekannt sei, dass man Lehrpersonen von politischen Ämtern auf Gemeindeebene ausschliessen wolle, wenn sie in derselben Gemeinde wohnen und arbeiten würden. In Arlesheim denke man darüber nach. JK weist dieses Problem dem jetzigen Gemeindegesetz zu, das solche Regelungen zulasse. So dürfe ein Primarlehrer z.B. nicht in die Sozialhilfebehörde oder in eine Gemeindekommission gewählt werden. Dies sei stossend. Man müsse versuchen, das Gesetz zu ändern. LC findet, dass politische Bildung in der Schule angesagt sei. Da müsse man schon im Kindergarten damit anfangen. Lehrpersonen sollen politisiert sein, aber neutral vermitteln. Er selber habe im Bündlerland erlebt, dass ein Dorflehrer jahrelang auch Gemeindepräsident gewesen war und es gut gemacht habe. AH sagt, die Lehrperson dürfe einfach nicht Teil eines Organs sein, das sie selber als Lehrperson beaufsichtige. Sonst müsse es möglich sein, an den demokratischen Aufgaben teilzuhaben. ML sieht leider auch auf Kantonsebene die Tendenz, Interessenvertreter von Entscheiden ausschliessen zu wollen. AH fände es gut, wenn die Schulräte die Gesetzesänderung antossen würden.

Urs Stambach moniert, dass die Belastung von Klassenlehrpersonen stetig zugenommen habe, die Rahmenbedingungen aber nicht angepasst wurden. Wieso man in Baselland im Gegensatz zu vielen anderen Kantonen keine Klassenlehrerstunde auf der

Primarstufe habe. JK stellt fest, dass sich die Gemeinden dagegen wehren, weil es Mehrkosten verursachen würde. Ein anderer Punkt für ihn sei die weggefallene Altersentlastung. Dazu werde es im Dezember nochmals einen Vorstoss im Landrat geben. FB möchte auf der Primarstufe unbedingt eine Entlastung der Klassenlehrpersonen erreichen. Auch auf der Sek I generiere dieses Amt immer mehr Aufwand. Sie finde sogar, eine Lektion sei zu wenig. Auch sie stellt fest, dass die Gemeinden ein Problem seien. RvW berichtet, dass an der ersten Tagsatzung der Gemeinden zu dem Thema z.T. harsche Voten gegen Lehrpersonen gefallen seien. ML stellt fest, dass auch die Schulleitungen je länger, desto belasteter seien. Es würden laufend Aufgaben an die Lehrpersonen delegiert, die eigentlich auf die Schulleitungsebene gehörten. Das sei ein weiterer Punkt, den man ansehen müsse. LC plädiert dafür, ein Sabbatical für Lehrpersonen wieder einzuführen. ES sagt, man müsse vorsichtig sein mit pauschalen Aussagen über die Gemeinden. Es gebe Gemeinden, die sehr stolz auf ihre Primarschule seien und dementsprechend investieren würden. Dies seien aber meist reiche Gemeinden. Man müsse aber jene Gemeinden benennen, die ihre Aufgaben nicht erfüllen würden. Ihm sei aufgefallen, dass die Primarschulen alle zusätzlichen Aufgaben immer brav umgesetzt hätten und die Überbelastung hingenommen hätten. Man müsse nun eine saubere Aufstellung machen, um dieser Überbelastung zu begegnen: Was sind die Aufgaben? Was sind die Ressourcen? Was kann man leisten und was nicht? Daran müsse man dann glasklare Forderungen formulieren. Zu den IT-Gelingsbedingungen, die JK erwähnt hat, woll er noch ergänzen, dass der Support für die Geräte ungenügend sei.

Philippe Peter stellt fest, dass aus seiner langjährigen Perspektive viele Eltern den Lehrpersonen gegenüber wertschätzender geworden seien als früher. Im Landrat dagegen sei diese «Wertschätzung» in der letzten Legislatur unterirdisch gewesen. Ob die Landrätinnen und Landräte eine Idee hätten, wie man das ändern könne. Ob z.B.

geheime Abstimmungen nicht dem grossen Fraktionsdruck entgegenwirken könnten. Und wie man die Landräte davon überzeugen könne, dass die Staatsangestellten insgesamt gute Arbeit leisten würden. AH sieht hier nur den Weg über persönliche Beziehungen. JK schlägt vor, Landratsmitglieder zu Besuchen in die Schulen einzuladen. FB konstatiert, dass in den Kommissionen sehr konstruktiv und wertschätzend geredet werde. Im Gesamtlandrat werde weniger differenziert formuliert. Die Fronten seien in der letzten Legislatur verhärtet gewesen. Jetzt sei es schon anders. Sie unterstützt JK's Idee, Landratsmitglieder an die Schulen einzuladen. ES betont, dass die Medien sehr schnell auf Negativschlagzeilen aus dem Schulbereich aufspringen würden. Hier müsse man versuchen, positive Akzente zu setzen. RvW erwähnt dazu das «Gotthard-Wanderprojekt» zweier Klassen der Sekundarschule Frenkendorf, die er selber mit begleitet habe. Dieses Projekt habe ein gutes Medienecho erfahren.

Thomas Bretscher macht sich Sorgen über die schulische Nivellierung nach unten, die er auf der Sekundarstufe I feststelle. Viele Schülerinnen und Schüler seien am falschen Ort. ES bestreitet dies und wehrt sich gegen die Formulierung. Es gebe keine «falschen Lernenden» in einer Klasse. Es sei eine Schicksalsgemeinschaft, die man nicht wählen könne. JK ergänzt, dass etwa der Zugang zur WMS im Gegenteil sogar erschwert worden sei. Es gebe aber immer wieder falsche Einteilungen. Wegen des Fachkräftemangels müsse man unbedingt in die Bildung investieren und den Wert der Lehre stärken. FB sagt, dass es eine gute Aufklärungsarbeit zum dualen Bildungssystem brauche. Der Weg über eine Berufslehre sei oft der bessere. Ein grosses Hindernis seien die sehr vollen Schulklassen auf Sek I. Verschiebungen seien kaum mehr möglich. ES unterstützt das sehr. Er stellt den Primarlehrpersonen ein gutes Zeugnis aus bei der Einteilung der Schülerinnen und Schüler in die verschiedenen Niveaus. Oft würden sich Schwierigkeiten eher aus der individuellen Entwicklung ergeben. RvW ergänzt, dass der Druck von El-

ternseite auf die Lehrpersonen der 6. Klassen vor dem Übertritt oft sehr gross sei. Das dürfe man in der Diskussion nicht vergessen.

Damit schliesst R. von Wartburg das Podium und wünscht allen LVB-Landrätinnen und -Landräten viel Glück für die neue Legislatur und jenen, die es betrifft, auch im Wahlkampf für einen Sitz im Nationalrat. Mit einem langen Applaus und einem kleinen Präsent werden die Gäste verabschiedet.

## 8. Diverses

R. von Wartburg weist auf die Kickoff-Veranstaltung an der Sekundarschule Waldenburgertal zur FinanceMission des LCH nächste Woche hin. Mehr Informationen unter: [www.financemission.ch](http://www.financemission.ch)

Der LVB sucht für eine Arbeitsgruppe des AVS interessierte Lehrpersonen für das Erstellen von Musterjahresplänen für die 5. und 6. Klasse. Die Arbeit werde im Stundenlohn in jener Lohnklasse vergütet, in der man sei. Er bittet um Meldung per E-Mail.

Leider seien die Tischkalender noch nicht fertig gedruckt und darum nicht zum Mitnehmen bereit. Sie würden stattdessen mit der Mitgliederbeitragsrechnung verschickt.

Die nächste DV/MW findet am 25. März 2020, die übernächste am 16. September 2020 statt. Er bittet die Delegierten, sich die Daten vorzumerken. Alle Termine sind auch online zu finden.

Am 5. November 2020 wird der LVB sein 175-Jahre-Jubiläum mit einem Festakt begehen. Im Jubiläumsjahr gebe es ausserdem für alle Mitglieder diverse Events, welche von der Pensioniertensektion organisiert werden.

R. von Wartburg bedankt sich bei den Anwesenden und schliesst die Versammlung.

Im Anschluss an die DV/MV wird ein Apéro offeriert.